Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 400 — Abendblatt. Mittwoch, den 28. August. — 1867.

Deutschland.

□ **Berlin**, 27. August. Art. IV des Prager Friedensvertrags lautet: „Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich erkennt die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes an und giebt seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Betheiligung des österreichischen Kaiserstaats." Im Interesse des europäischen Friedens, der ja nach Berichten aus Wien und Paris auch den dortigen Monarchen so sehr am Herzen liegt, ist es vielleicht von Nutzen, diese Bestimmung des Prager Friedens in Erinnerung zu bringen, bevor noch etwaige Illusionen über eine neue Gestaltung Süddeutschlands mit Betheiligung Oesterreichs sich weiter festsetzen und den auf Erfüllung des Prager Friedens nach französischen und österreichischen Versicherungen beruhenden Frieden gefährden. Ausdrücklich ist auch zu bemerken, daß nicht blos von einer neuen Gestaltung Norddeutschlands, sondern des ganzen Deutschlands die Betheiligung Oesterreichs hiernach ausgeschlossen ist und ohne Zustimmung Preußens diese völlig klare Bestimmung keine Aenderung erleiden dürfte, selbst wenn die süddeutschen Staaten ihrerseits, was bis jetzt in keiner Weise sich dokumentirt hat, zu einer solchen neuen Betheiligung Oesterreichs die Hand bieten wollten. Ferner heißt es in diesem wichtigen Artikel IV, „verspricht Se. Majestät das engere Bundes-Verhältniß anzuerkennen, welches Se. Majestät der König von Preußen nördlich von der Linie des Mains begründen wird und erklärt sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen Beiden vorbehalten bleibt und der eine internationale unabhängige Existenz haben wird." Auch dieser genannte Theil des Artikel IV schiebt allen Illusionen über die etwaige Zulässigkeit einer internationalen Verbindung der süddeutschen Staaten und einer Beschränkung ihrer Selbstständigkeit auf andere Weise als durch den norddeutschen Bund mit unwiderlegbarer Klarheit einen festen Riegel vor. So lange also Oesterreich überhaupt den Prager Friedensvertrag aufrecht erhalten, und den europäischen Frieden nicht gestört sehen will, kann es ohne die Zustimmung Preußens dieses mit seiner Einwilligung und feierlichen Bestätigung geschaffene Hinderniß einer Verbindung mit Süddeutschland nicht überspringen. Die süddeutschen Staaten aber sind außerdem vor jeder Nöthigung zu Bündnissen außerhalb Deutschlands und vor Beschränkung ihrer Selbstständigkeit durch die mit Preußen abgeschlossenen Garantie-Verträge geschützt. Es ist übrigens gerechtfertigt, auch bei dieser Gelegenheit wieder darauf hinzuweisen und es recht lebhaft zum allgemeinen Bewußtsein zu bringen, daß die Veranlassung zu derartigen mehr oder weniger beunruhigenden Erörterungen der internationalen Verhältnisse regelmäßig von Paris ausgehet, daß Paris vom Schicksal dazu bestimmt zu sein scheint, eine vertrauensvolle Stimmung und das Bewußtsein gesicherten Friedens in Europa nicht aufkommen zu lassen.

Die äußeren Einrichtungen für das Bundeskanzler-Amt in dem, zwischen den Hotels des Staats- und des auswärtigen Ministeriums gelegenen Deckerschen Hause werden demnächst beendigt sein und wird sodann auch die Installation des Präsidenten des Bundeskanzler-Amtes Delbrück erfolgen. — Durch die Postverträge mit den Regierungen des bisherigen Thurn- und Taxis'schen Postgebietes sind auch die für Preußen über Post- und Portofreiheit geltenden Bestimmungen auf jene Postgebiete ausgedehnt worden, jedoch mit thunlichster Schonung und Entschädigungsbewilligung für wegfallende Vorrechte. An Geldentschädigung erhalten jährlich von Preußen zufolge der Postverträge:

Sachsen-Weimar	10,277	Thlr.,
Sachsen-Coburg-Gotha . .	6,250	„
Sachsen-Meiningen . . .	9,275	Gulden,
Reuß j. L.	3,000	Thlr.,
Lippe-Detmold	2,000	„
Schwarzburg-Sondershausen .	1,305	„
Darmstadt	40,000	Gulden.

Allgemeine Mißbilligung findet hier die Verleugnung des nationalen Selbstgefühls und des Patriotismus, welcher sich leider wieder einmal ein hervorragender deutscher Gelehrter, der berühmte Naturforscher und Reisende Dr. Aug. Petermann durch maßlose Anpreisung der französischen Bildung auf Kosten seiner eigenen Nation schuldig gemacht haben soll.

Berlin, 28. August. Se. Majestät der König nahm gestern Vormittags auf Babelsberg die Vorträge des Chefs des Militär-Kabinets, v. Treskow, des Geh. Kabinetsraths v. Mühler, des Geh. Hofraths Bork entgegen und empfing darauf mehrere Militärs. Heute Mittags ertheilte Se. Maj. der König dem neuernannten nordamerikanischen Gesandten, Georg Bankroft, im Beisein des Minister-Präsidenten Grafen Bismarck auf Babelsberg die Antritts-Audienz.

— Laut Königl. Kabinets-Ordre vom 16. d. M. sollen die Unteroffiziere und Mannschaften der 5. Eskadrons der Kavallerie-Regimenter auf den Schulterklappen-rc.-Knöpfen die Nummer der Eskadron, bez. Kompagnie führen und ferner die Mannschaften der genannten Eskadrons an den Faustriemen und zwar bei dem Regiment Gardes du Corps die 9. Kompagnie den Kranz und Quast von grüner Wolle, die 10. Kompagnie den Kranz von grüner, den Quast von weißer Wolle; bei den übrigen Kürassier-, den Dragoner- und Ulanen-Regimentern: den Kranz von grüner Wolle; die Kapitulanten der 5. Eskadrons, dieser Festsetzung entsprechend, den Knopf über der Eichel des Faustriemens bei der 9. Kompagnie des Regiments der Gardes du Corps von grüner, bei der 10. Kompagnie desselben Regiments von grüner und weißer Wolle; bei sämmtlichen übrigen Kavallerie-Regimentern von grüner Wolle tragen.

Berlin, 27. August. Die dänische Regierung hatte dem Berliner Kabinet in ihrer letzten auf die nordschleswigsche Angelegenheit sich beziehenden Note den Wunsch ausgesprochen, daß über die von Preußen geforderten Garantien für die Sicherstellung der Nationalität der Deutschen, welche in den eventuell an Dänemark abzutretenden Distrikten Nordschleswigs leben, vertrauliche Besprechungen von beiderseitigen Sachverständigen herbeigeführt werden möchten. Wie die „Kreuzzeitung" berichtet, ist das preußische Kabinet diesem Wunsche nachgekommen und hat in Kopenhagen seine Bereitwilligkeit zur Eröffnung dieser vertraulichen Erörterungen aussprechen lassen. Wahrscheinlich werden dieselben in Berlin geführt werden.

— Die vorgestrige erste Sitzung der hessischen Vertrauensmänner war hauptsächlich der Vorstellung und Begrüßung gewidmet und hatte nur eine kurze Dauer. Es waren dabei anwesend der Minister des Innern Graf zu Eulenburg, der Direktor der zweiten Abtheilung, Geheime Ober-Regierungsrath v. Klützow, der Geheime Regierungsrath v. Wolff und der Hülfsarbeiter im Ministerium, Landrath v. Flottwell. Die den Vertrauensmännern gemachten Vorlagen dürften sich ausschließich auf die kommunalen Angelegenheiten beziehen; nebenbei werden die von den Hessen vorgetragenen Wünsche hier zur Sprache kommen. Die Vertrauensmänner versammelten sich gestern Mittag 12 Uhr zum zweiten Mal.

— Wie wir hören, wird dem Reichstage auch der Entwurf eines Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste im norddeutschen Bunde vorgelegt werden; wenigstens hören wir, daß derselbe zur Zeit der Berathung des Staatsministeriums unterliegt.

— Nach einer Mittheilung aus Athen war daselbst am 17. d. Mts. das preußische Kanonenboot der „Blitz" mit Auswanderern aus Kandia angekommen. Das Kriegsschiff verließ noch an demselben Abend den Piraeus, um unter Dampf nach den Küsten der Insel Kandia zurückzukehren.

— Eine Königl. Kabinets-Ordre, datirt Ems, den 20. Juli, über die Patentirung derjenigen Sekondelieutenants und Portepéefähnriche, welche vor dem zurückgelegten 17. Lebensjahre in den Dienst getreten sind und einen Feldzug mitgemacht haben, lautet: „Nachdem Mir vorgetragen worden, daß Zweifel über die Patentirung derjenigen Sekonde-Lieutenants und Portepéefähnriche entstanden seien, welche vor zurückgelegtem 17. Lebensjahre in den Dienst getreten sind und den vorjährigen Feldzug mitgemacht haben, bestimme Ich im Anschluß an Meine Ordre vom 10. Januar 1865 hierdurch Nachstehendes: Bei allen denjenigen Individuen, welche mit Meiner Genehmigung vor vollendetem 17. Lebensjahre in die Armee eingetreten sind und künftig eintreten, fallen — wenn sie vor vollendetem 17. Lebensjahre einen Feldzug mitmachen — die sonst rücksichtlich der Patentirung und der Dienstzeitberechnung an die Zurücklegung des 17. Lebensjahres geknüpften Bedingungen fort."

— Eine Königl. Kabinets-Ordre bestimmt, daß die Stangen bei den Fahnen der Garde-Truppentheile zu Fuß, mit Ausnahme der Garde-Grenadier-Regimenter, gelb, bei den Standarten der Garde-Kavallerie weiß, bei den Fahnen der Grenadier-Regimenter von der Garde und Linie weiß und bei den Fahnen und Standarten sämmtlicher übriger Truppentheile der Linie schwarz sein sollen. Bei Reparaturen rc. sind die Stangen der Fahnen und Standarten danach in den entsprechenden Farben zu lackiren.

— Der Magistrat hat bei den Stadtverordneten beantragt, dem Comité zum Zwecke der Ausstattung von Arbeitern zum Besuche der Pariser Industrie-Ausstellung eine Summe von 1000 Thlr. zur Verfügung zu stellen. Der Antrag soll in der nächsten Sitzung, deren Beschlußfähigkeit vorausgesetzt, erledigt werden.

Altona, 24. August. Definitiv ist es bestimmt, daß für Altona ein Oberbürgermeister als Vorstand des Stadtrathes von der Regierung ernannt wird. An der Seite der städtischen Räthe wird ein Stadt-Kollegium bestehen, welches 36 Mitglieder zählt; mithin ist zu den 18 bisher hierorts bestehenden Deputirten noch eine gleiche Zahl hiesiger Bürger hinzu zu wählen. Das Stadt-Kollegium hält seine Sitzungen öffentlich. — Der Magistrat wird nicht, wie bisher, aus Senatoren gebildet, sondern aus Stadträthen, welche nach der Wahl der Bevölkerung eingesetzt werden, wenn die Bestätigung der Wahl von der Regierung erfolgt ist.

Hamburg, 26. August, Nachm. Der volkswirthschaftliche Kongreß wurde heute Morgen eröffnet. 250 Theilnehmer waren anwesend. Lette konstatirt in seinem Jahresbericht den Einfluß der volkswirthschaftlichen Kongresse auf die Gesetzgebung. Braun präsidirt. Die Wohnungsfrage wird eingeleitet durch Faucher und folgende Resolution Timmermann's einstimmig angenommen: Die Wohnungsfrage findet durch Privat-Bauspekulation ihre natürliche Lösung, dabei ist der Einfluß des Staates wegen Sanitätsrücksichten nothwendig. — In der Zolltariffrage geht die vorgelegte Resolution dahin: Beseitigung des Schutzzollsystems und Beschränkung auf Finanzzölle. Gesteigerte Produktion und Konsumtion liefern Deckung dafür auf die Dauer, vorübergehende Deckung ist zulässig durch Konsumtionssteuerzuschläge. Wegen der Tabackssteuererhebung soll eine ermäßigte Verbrauchssteuer festgehalten werden, Vexationen ausgeschlossen bleiben.

Sigmaringen, 24. August. Seit gestern ist die Stadt festlich geschmückt, weil es galt den Grafen von Flandern mit seiner Gemahlin, der Prinzessin Marie von Hohenzollern, erstmals auf heimathlichem Boden zu empfangen. Von zwölf bürgerlichen Reitern am Weichbilde der Stadt empfangen, sind am gestrigen Abend die jungen Herrschaften, und zwar die Frau Gräfin von Flandern nebst ihrer Mutter und der belgische Prinz nebst seinem Schwiegervater hier festlich eingezogen und im Residenzschloß abgestiegen.

München, 24. August. Ueber den Gesetzentwurf wegen der Heeresverfassung wird der „A. A. Z." versichert, daß derselbe das Looosziehen der konskriptionspflichtigen Jünglinge beibehalten hat, und darnach, wie bisher, alljährlich nur eine bestimmte Anzahl Konskribirte der Armee zugetheilt würde. Die dermalige „Landwehr" soll in eine nur für den inneren Dienst der betreffenden Städte verwendbare „Bürgerwehr" umgewandelt werden.

Ausland.

Wien, 24. August. (B. B.-Z.) Der Cardinal Rauscher gab gestern den Mitgliedern der Ausgleichs-Deputationen ein Diner, bei welchem er einen Toast auf den Kaiser damit motivirte: „Rußland und Preußen hätten ihre gierigen Blicke auf Oesterreich geworfen, um es zu verschlingen, Rußland blicke nicht nur auf Konstantinopel, sondern auch auf Galizien, und Preußen wolle seine Grenzen bis an die Donau erstrecken. Diesen Gefahren gegenüber müsse man sich nun fest an die Dynastie und den Thron anschließen." — Daß Napoleon in Salzburg sowohl von der städtischen Bevölkerung als von der in Massen herbeigeströmten Landbevölkerung mit großer Kälte aufgenommen worden ist, wird von allen Seiten bestätigt. Dagegen wurde die Kaiserin von Oesterreich jedesmal demonstrativ bei ihrem Erscheinen ausgezeichnet, während Napoleon, wie sich die offizielle Presse ausdrücken muß, mit „ehrfurchtsvollem Stillschweigen" empfangen wurde. Als eine charakteristische Erscheinung verdient es überhaupt hervorgehoben zu werden, daß gerade in der gesammten ländlichen Bevölkerung Deutsch-Oesterreichs, Böhmen und Mähren mit eingeschlossen, die entschiedenste und allgemeinste Erbitterung gegen Napoleon herrscht, dem sie den größten Theil ihres materiellen Verlustes und den Verlust ihrer Angehörigen auf den Schlachtfeldern in Italien und Deutschland beimißt. Es hat Anfangs auch in Napoleons Absicht gestanden, nach Wien selbst zu kommen; die Berichte der französischen Gesandtschaft haben jedoch üble Demonstrationen in sichere Aussicht gestellt. — Es ist heute davon die Rede, daß in Salzburg eine österreichisch-französische Kollektivnote an Preußen verabredet sei und bereits auf dem Wege nach Berlin sich befinde, welche in „freundschaftlicher Weise" um die endliche Erledigung der nordschleswigschen Angelegenheit ersuche. Die Note dürfte sich auf ein Cirkularschreiben des Herrn von Beust an sämmtliche Mächte reduziren, in welchem er sich über den Charakter der Salzburger Zusammenkunft und der dort erzielten entente cordiale ausspricht. Ein ähnliches Cirkularschreiben wird auch von dem französischen Ministerium erlassen werden. — Die Unterredung des Reichsrathsdeputirten für Wien, Dr. Schindler, mit Napoleon und die von ihm hierüber gemachten telegraphischen Meldungen an die Blätter sind nicht nur mit homerischem Gelächter aufgenommen worden, sondern es hat auch Schindler's Verhalten und sein Besuch bei Napoleon die allgemeinste Indignation erregt. Sein Wahlbezirk, die Vorstadt Neubau, bereitet eine Mißtrauensadresse gegen ihn vor und es mag dies als ein neuer Beweis angesehen werden, mit wie einmüthigem Widerwillen man hier der französisch-österreichischen Allianz entgegentritt. — Die Nachricht der Kreuzzeitung, daß der Exkönig Georg jetzt bereitwilliger zur Annahme einer jährlichen Dotation von 700,000 Thlr. und zur Verständigung mit Preußen sei, wird hier als unbegründet betrachtet. Der Graf Münster in Hannover, welcher dem Exkönig bereits früher den Verzicht auf den Thron brieflich angerathen, ohne eine Antwort zu erhalten, hat jetzt an den ehemaligen Kronprinzen ein neues Schreiben mit gleichem Rath gerichtet. In den Kreisen der Emigration versichert man, daß er auch diesmal nicht nur keine Antwort erhalten, sondern daß ein nochmaliger Brief uneröffnet zurückgesendet werden würde. Dies deutet auf keinen Umschlag in den Stimmungen des Hietzinger Hofes hin, dessen Hoffnungen sogar die von ihm mit allen möglichen Mitteln lebhaft unterstützte Allianz zwischen Oesterreich und Frankreich neu belebt hat. — Der Kaiser Franz Joseph kehrt morgen nach Wien zurück, um öffentliche Audienzen zu ertheilen und sich dann ins Lager von Bruck zu begeben. Eilf arabische Pferde sind als Geschenk des Sultans für ihn und die Erzherzöge angekommen.

Brüssel, 26. August. Die Nachrichten aus dem Schlosse Tervueren über das Befinden der Kaiserin Charlotte melden eine eingetretene Besserung des krankhaften Zustandes in geistiger Beziehung. Die hohe Kranke hat seit ihrem Dortsein sehr selten einen Anfall von Geistesverwirrung, nimmt regelmäßig ihre Nahrung zu sich und beschäftigt sich sehr viel mit Schreiben und Lekture. Wohl hat der körperliche Zustand in der jüngsten Zeit viel gelitten, doch hofft man auch diesem Uebel Einhalt zu thun, um mit der Zeit eine vollständige Genesung der Kaiserin erwarten zu dürfen.

Paris, 24. August. Heute hat der Kaiser die Lehrer aus den Departements empfangen, welche gegenwärtig zum Besuche der Weltausstellung hier verweilen und er hat bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam gemacht, welch' hoher Werth bei der Jugenderziehung auf die religiösen Prinzipien gelegt werden müsse.

— Das „Mémorial Diplomatique" meint, daß, nach den letzten Briefen des Herrn Dano zu schließen, die anfänglichen Befürchtungen der Juaristen, es könne wegen der Hinrichtung Maximilian's eine Intervention der Vereinigten Staaten und selbst der europäischen Mächte stattfinden, geschwunden seien. Der Präsident zeige sich zur Gnade gestimmt, habe bereits mehrere Todesurtheile umgewandelt und scheine sehr die Errichtung einer regelmäßigen und gesetzlichen Regierung zu wünschen.

London, 25. August. Exekutionen gegen Privatpersonen selbst von hohem Range, sind gewöhnliche Dinge, auch kaufmännische und andere Gesellschaften sind schon in großer Anzahl dem Sequestrator verfallen und neuerdings wurden wieder verschiedene Eisenbahnzüge von den Exekutoren mit Beschlag belegt, daß aber eine Stadt in diese unbequeme Lage gerathen kann, dürfte doch wohl als Seltenheit dastehen. Der Badeort Leamington in Warwickshire ist gegenwärtig von diesem Schicksal betroffen und in großer

Verlegenheit. Vor einiger Zeit verlor die Stadt einen Prozeß, der ihr eine Entschädigung von 3000 L. auferlegte, weil der Ausfluß der Kanäle in das Flüßchen Leam abgeleitet und durch die Verunreinigung dieses Gewässers die klagbare Partei zu Schaden gekommen war. Diese Summe ist schon seit mehreren Monaten fällig und die mit der Sache beauftragten Kommissare haben jetzt auf den Inhalt der Stadtkasse Beschlag gelegt und dem Steuereinnehmer die Weisung zugehen lassen, die von ihm eingenommenen Beträge ferner nicht an den Schatzmeister der Stadt abzuliefern. So befinden sich die städtischen Behörden ohne alle Fonds, um die laufenden Ausgaben zu bestreiten, und rathlos über die Art und Weise, wie sie aus ihrer Noth herauskommen sollen.

Florenz, 26. August. Die hohe Politik hat Ferien und man findet Zeit, sich mit einer lokalen Angelegenheit zu beschäftigen, die in mehr als einer Beziehung sehr ernste Seiten zeigt. Man hat nämlich gegenwärtig auf hiesigem Platze eine Emeute zu befürchten, die allerdings keinen politischen Charakter hat, aber für die hiesigen Zustände bezeichnend ist. Die Kleinhändler, die in den Straßen ihre Waare feilhalten, wurden dieser Tage durch städtische Verordnung angewiesen, mit ihren Waaren die Straßen, in denen sie jede Circulation unmöglich machen, zu räumen. Die Mercantini fanden aber diese Verordnung wenig nach ihrem Geschmacke und begnügten sich vorläufig damit, ihrer Unzufriedenheit dadurch Ausdruck zu geben, daß sie zur großen Freude des exzeßsüchtigen Gesindels, dessen Anzahl hier nicht unbedeutend ist, die Plakate der Obrigkeit mit faulen Früchten bewarfen. Man hat hier ein altes Sprichwort: „In Florenz haben die Gesetze nur 3 Tage Kraft", und leider ist dieses Sprichwort sehr wahr. Die kleinen Handelsleute, die modernen „popolani grossi" haben erklärt, gegen die gedachte Verordnung jeden Widerstand zu leisten und sie werden Wort halten, wenn die Behörde ihre Dekrete nicht zurückzieht. Mehrere Blätter melden auch schon, daß die Stadtbehörde nachzugeben gedenke, und in der That, der zur Räumung der Straßen angesetzte Termin ist abgelaufen, und weder von den Kleinhändlern noch von den Behörden ist für Nachachtung der Verordnung etwas geschehen. Wir sind in die Phase des Aufschubes und des Kompromisses getreten.

Spanien. Die offiziellen Madrider Depeschen sind voll Siegesberichten über die Insurgenten; ihnen zufolge ist Saragossa so „ruhig" wie Madrid. Mit der Ruhe des Hofes ist es nicht so gut bestellt. Die Königin befindet sich in La Granja, wo sie eine Fehlgeburt hatte. Der Schrecken herrscht im dortigen Schlosse. Man hat Alles für die Flucht vorbereitet; der Plan besteht darin, die Ufer des Oceans in Andalusien zu gewinnen. Unter den spanischen Insurgenten, welche auf französisches Gebiet übergetreten sind, befinden sich der Oberst Sazot und der Kriegskommissar Galindo, welche mit sechs anderen Flüchtlingen in Bayonne internirt wurden. Das Gerücht geht, die Insurgenten wollten den Herzog von Montpensier zum König von Spanien ausrufen.

Rußland und Polen. Der Großfürst Konstatin Nikolajewitsch, Groß-Admiral der russischen Flotte, hat am 4. August die schwedischen und amerikanischen Flotten-Geschwader besucht. Das schwedische Geschwader hat am 5. August den Hafen von Kronstadt wieder verlassen. Ein Zirkular des General-Gouverneurs des nordwestlichen Gouvernements schreibt den Gouverneuren vor, streng darauf zu achten, daß alle Bittschriften und Eingaben in anderer als russicher Sprache unberücksichtigt gelassen werden. Sollten sich Regierungs- oder Kommunal-Beamte oder Geistliche polnischer Abkunft in ihren Eingaben einer anderen als der russischen Sprache bedienen, so sollen sie wegen wissentlicher Uebertretung der Allerhöchsten Vorschriften bestraft werden.

Pommern.

Stettin, 28. August. Wie wir hören, ist der Staatsanwalt Schubert in Neustettin zum Staatsanwalt im Bezirk des hiesigen und des Königlichen Kreisgerichts zu Greifenhagen an Stelle des nach Kiel als Oberstaatsanwalt versetzten Hrn. Gielow vom 1. Oktober cr. ab ernannt worden.

— Der 65jährige Maurergeselle Fr. Bernstein, welcher vorgestern Nachmittag mit der Reparatur eines Zimmers im Krankenhause beschäftigt war, fiel aus Unvorsichtigkeit von dem aufgestellten Gerüst und verletzte sich am Rücken so stark, daß gestern Vormittag sein Tod erfolgte.

— Dem in der großen Ritterstraße No. 8 wohnhaften Kaufmann K. sind vor einigen Tagen aus unverschlossener Küche 4 silberne Eßlöffel und 2 Theelöffel, theils J. L., theils W. K. gezeichnet, gestohlen, der Dieb aber nicht ermittelt worden.

Stettin, 28. August. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurde zunächst ein Schreiben des Magistrats mitgetheilt, demzufolge die Versammlung auf Grund eines Reskriptes der Königlichen Regierung um Ausfertigung der Bestallung für den zum besoldeten Stadtrath gewählten Branddirektor Bock Behufs deren Einreichung an die Regierung ersucht wird. — Sodann wurde ein Schreiben des Pastors Spohn verlesen, in welchem derselbe dem Magistrat und den Stadtverordneten seinen Dank für die ihm bewilligte wesentliche Gehaltsverbesserung ausspricht. — Zur Herstellung der Wasserleitungs-Anlage im Johannis-Kloster-Gebäude wurden die auf 189 Thlr. 7 Sgr. veranschlagten Einrichtungskosten bewilligt. — Ebenso bewilligte die Versammlung die Einrichtungskosten einer 6. Klasse in der Schule zu Pommerensdorfer Anlagen mit 80 Thlr. und jährlich 200 Thlr. Besoldung vom 1. Oktober c. ab für einen neu anzustellenden Lehrer. — An Stelle des Restaurateurs Kreßmann wurde der Brennereibesitzer Herr Ferd. Crepin auf der Oberwiek zum Mitgliede der 7. Schul-Kommission gewählt. — Behufs Konstituirung der Armen-Kommissionen in den Bezirken No. 1 bis 13 wurden zu Vorstehern gewählt: im 1. Bezirk Kaufmann Glantz, 2. Bezirk Rentier v. Janusciewitz, 3. Bezirk Rentier Beuchel, 4 Bezirk Buchhändler Schauer, 5. Bezirk Kaufmann Kohn, 6. Bezirk Glashändler Otto, 7. Bezirk Rentier Elsasser, 8. Bezirk Maler Urbach, 9 Bezirk Uhrmacher Binsch, 10. Bezirk Apotheker Weitze, 11. Bezirk Lederhändler With. Grützmacher, 12. Bezirk Kaufmann Krüger, 13. Bezirk Kaufmann Schiller.

Ein Gesuch, die Herstellung eines Weges an der Galgwiese betreffend, wurde, da dieselbe bereits in Angriff genommen ist, dem Magistrat zur Bescheidung überwiesen. — Die beabsichtigte Aufstellung eines öffentlichen Wasserstockes vor dem Grundstücke Wallstraße No. 27 ist von der Baudeputation nicht als zweckmäßig erachtet. Letztere schlägt vielmehr vor, jene Aufstellung an der Ecke der Kirchenstraße vor dem Krankenhause zu bewirken, welcher Vorschlag, vom Herrn Stadtbaurath Hobrecht vertheidigt, gegen den Widerspruch des Referenten, welcher die Aufstellung vor dem Tetzlaff'schen Hause, Wallstraße No. 42 empfiehlt, auch Seitens der Versammlung acceptirt wird.

Hiernächst referirte Herr Reimarus ausführlich über den vom Magistrat neuerdings wieder vorgelegten Entwurf eines neuen Leichen-Reglements nebst Gebührentarif. Er bemerkte, daß bereits seit dem Jahre 1839 zwischen dem Magistrat und den Kirchenbehörden Verhandlungen wegen Ermäßigung der kirchlichen Gebühren schweben; der jetzt gültige Tarif vom Jahre 1806 enthalte offenbar sehr große (man könne beinahe sagen „diabolische") Härten. Der neue, das Dreiklassensystem beseitigende Tarif, bringe dagegen den anerkennenswerthen Grundsatz zur Geltung, daß künftig nur „wirkliche Leistungen" honorirt werden sollen und zerfalle in drei Abtheilungen. Die erste weise die Beträge, welche an die Kirchenbeamten, die zweite diejenigen, welche für die Verwaltung der Kirchhöfe und die dritte die, welche für die Unterhaltung der Beerdigungs-Apparate zu entrichten sind, nach. Zur Verlesung und näheren Erörterung der einzelnen Paragraphen des Reglements übergehend, stellte Referent sodann den Antrag: Die Vorlagen an den Magistrat mit dem Ersuchen zurückzugeben, den Tarif noch durch eine transitorische Festsetzung dahin zu vervollständigen, daß die (näher zu spezifirenden) sämmtlichen Stolgebühren und Accidentien, welche jetzt den Kirchenkassen zufließen, noch so lange fortzuzahlen sind, als sich die zeitigen berechtigten Stellen-Inhaber im Amte befinden. Herr Dr. Meyer zweifelte die Kompetenz der städtischen Behörden an, ohne Weiteres ein neues Regiement mit rechtsverbindlicher Kraft zu erlassen, da das alte Reglement Gesetzeskraft habe, also durch bloßen Kommunalbeschluß nicht aufgehoben werden könne. Der Herr Bürgermeister Sternberg gab die Richtigkeit der Ansicht des Vorredners insoweit zu, als wie das neue Reglement — an dessen Ausarbeitung der Magistrat auf spezielle Aufforderung des Herrn Ressortministers gegangen sei — nach vorheriger Genehmigung Seitens der städtischen Behörden der ausdrücklichen Zustimmung der höheren Behörden unterbreitet werden müsse, ehe es in Kraft treten könne. Mit dem vorstehend erwähnten Antrage des Referenten erklärte sich der Herr Bürgermeister einverstanden, indem sich die Rechte der Kirchenbeamten zum Empfange der Stolgebühren allerdings nicht durch einen Federstrich beseitigen ließen. Herr Dr. Zachariae suchte in einer längeren Auseinandersetzung nachzuweisen, daß in Rücksicht auf mehrfache von der Finanz-Kommission schon früher gegen den Gebührentarif aufgestellte Monita und bei der großen Wichtigkeit der Sache die demnächstige Ueberweisung der Vorlagen, nach der beantragten Vervollständigung des Tarifs durch den Magistrat, an jene Kommission nothwendig sei, um jede einzelne Position einer speziellen Erörterung zu unterziehen. Er stellte in diesem Sinne einen Antrag. Nachdem der Herr Bürgermeister Sternberg auf einzelne Spezialitäten des Vorredners erwidert, wurde vom Herrn Dr. Meyer beantragt: „Die Vorlagen des Magistrats sowie den Bericht des Referenten drucken, an die Mitglieder vertheilen zu lassen und dann die Sache an eine gemischte Kommission zur weiteren Prüfung zu überweisen, welcher Antrag, obgleich genügend unterstützt, vom Referenten bekämpft wurde, um eine unnöthige Verzögerung der definitiven Beschlußfassung zu vermeiden. Herr Thissen hielt den Druck und die Vertheilung des demnächst von der Finanz-Kommission neu zu erstattenden Berichtes zur besseren Information für die Mitglieder zweckdienlich, wogegen Herr Professor Schmidt die Bildung einer neuen besonderen Kommission empfahl, da es sich im vorliegenden Falle keineswegs nur um eine Finanzfrage handele. Nachdem Herr Dr. Zachariae sich schließlich ebenfalls mit der Bildung einer besonderen Kommission einverstanden erklärt hatte, wurde zur Abstimmung geschritten und bei derselben der Meyer'sche Antrag abgelehnt, dagegen der Antrag des Referenten wegen Zurückverweisung der Vorlagen an den Magistrat zur Vervollständigung des Tarifs angenommen, gleichzeitig auch die Wahl einer Kommission — von zwei Mitgliedern aus jeder Abtheilung — zur demnächstigen weiteren Prüfung der Vorlagen beschlossen.

In Folge der seit längerer Zeit zwischen den städtischen Behörden schwebenden Verhandlungen wegen Errichtung einer provisorischen höheren Lehranstalt hatte der Schulvorsteher Dr. Sievert dem Magistrat sein in der Klosterstraße belegenes Schulgrundstück zum Kauf angeboten, dabei indessen auch gleichzeitig verlangt, daß die Stadt seine bisherige Privat- als eine öffentliche Schule übernehme und ihn selbst als städtischen Lehrer anstelle. Die letzteren beiden Bedingungen konnte der Magistrat aus mannigfachen Gründen nicht ohne Weiteres acceptiren und hat Herr Dr. S dieselben denn auch fallen lassen. Wegen Ankauf des Hauses, für welches ursprünglich 29,000 Rt gefordert wurden, haben die Verhandlungen dagegen ihren Fortgang genommen und ist durch eine kommissarische Besichtigung die Brauchbarkeit des Hauses, in dem bequem 12 Klassenzimmer eingerichtet werden können, wobei dann noch einige Wohnungsräume übrig bleiben, festgestellt. Der Kaufpreis für das Grundstück mit seinen Gas- und Wasserleitungseinrichtungen sowie für sämmtliche Schulutensilien und Lehrmittel ist schließlich auf 27,000 Rt vereinbart; die zu übernehmenden Hypotheken sind geordnet und eine baare Anzahlung von nur 5000 Rt an den Verkäufer erforderlich. Die Finanz-Kommission erachtet in Uebereinstimmung mit dem Magistrat die geforderte Kaufsumme angemessen und empfiehlt den Ankauf, für welchen sich die Versammlung denn auch — wie bereits in unserem heutigen Morgenblatte gemeldet — entschied und soll die neue Lehranstalt zu Ostern 1868 ins Leben treten. Es wird beabsichtigt, in derselben die Klassen bis einschließlich Quarta aufwärts sofort einzurichten. Von dem Verlangen des Herrn Dr. Most, den Magistrat gleichzeitig zu veranlassen, einen vollständigen Organisationsplan für die neue Anstalt zum Zwecke der Errichtung einer „Realschule" vorzulegen, zu der zunächst das dringendste Bedürfniß vorliege, wurde dagegen, um freie Hand zu behalten, Abstand genommen.

Von dem Herrn Dr. Meyer lagen verschiedene Anträge vor. Die beiden ersten derselben, welche lauten: I. In Erwägung 1) daß die hiesigen Kirchengemeinden keinerlei Anspruch an das städtische Eigenthum haben, in fernerer Erwägung 2) daß lediglich die städtischen Behörden über die Modalitäten der Benutzung dieses Eigenthums zu beschließen haben, erklärt die Versammlung: die Benutzung der beiden neuen städtischen Begräbnißplätze auf dem Nemitzer und Pommerensdorfer Fundus zur Beerdigung ihrer Leichen steht allen Bewohnern Stettins „ohne Unterschied der Religion oder Konfession" zu und fallen dann bei der freien und jüdischen Gemeinde, sowie bei den Dissenters, die bisher an die Kirchen entrichteten Gebühren weg." II. „Der Magistrat wird um die baldige Vorlage eines neuen revidirten Leichen-Reglements ersucht", werden als erledigt angesehen, indem einmal bereits durch landrechtliche Bestimmung bestimmt und auch schon immer in dem Sinne verfahren wird, daß die beantragten Exemtionen stattfinden, andererseits aber das neue Leichen-Reglement bereits vorliegt. — Die ferneren Anträge lauten: „In Erwägung, daß in jedem Rechtsstaate die Gesetze wie die auf Grund solcher erlassenen Vorschriften nicht blos für Private, sondern auch für die Behörden rechtsverbindlich sind, ersucht die Versammlung den Magistrat 1) gegen die Abweichung von der Baupolizeiordnung bei dem Bau des neuen Kommandanturgebäudes, sowie gegen die Verunzierung des Victoriaplatzes durch diesen Bau zu protestiren und die Niederreißung des dort errichteten Stallgebäudes zu beantragen; 2) neuerdings bei den Militärbehörden die vorschriftsmäßige Erhöhung der Schornsteine der Garnisonbäckerei oder die Verlegung der letzteren außerhalb der Stadt zu beantragen; 3) an heißen Tagen aus sanitäts-polizeilichen Rücksichten eine öftere Spülung der Straßenrinnsteine und Kanäle, als es bisher der Fall war, aus der Wasserleitung vornehmen zu lassen" Der Referent, Herr Winkelsesser, vermißt eine gesetzliche Begründung des ersten Antrages; er findet in der stattgehabten Bauausführung namentlich keinen Verstoß gegen die gültige Baupolizei-Ordnung, sondern nur einen Mangel an Schönheitssinn. Herr Dr. Zachariae dagegen weist nach, daß die §§. 66 und 78 Theil 1. Titel 8 A. L.-R. eine „Verunstaltung" der Straßen und öffentlichen Plätze bestimmt verbieten. Durch den in Rede stehenden Stallbau sei der zur Ausführung eines monumentalen Rathhausbaues bestimmte schönste Platz Stettins aber in einer Weise verunstaltet, daß er glaube, selbst der „Magistrat in Jakobshagen" würde bei einem ähnlichen lokalen Vorkommniß Protest erhoben haben. Um so mehr sei dies im vorliegenden Falle Pflicht des hiesigen Magistrats. Die Versammlung entschied sich demgemäß für die Ueberweisung des Antrages an den Magistrat. — Zu dem zweiten Antrage wies der Referent aus den Akten des Magistrats nach, daß wegen Beseitigung des lästigen Rauches der Garnisonbäckerei schon seit dem Jahre 1853 unter den betheiligten Behörden Verhandlungen gepflogen sind, ohne bisher zum Ziele zu führen. Die Königl. Regierung selbst habe im öffentlichen Interesse die endliche Beseitigung des Uebelstandes für geboten erachtet und in einem Reskripte vom 7. Mai v. J. die Königliche Polizei-Direktion sogar ermächtigt, gegen die Königliche Intendantur als Vertreterin des Militärfiskus nunmehr mit Exekutionsmaßregeln vorzugehen. Ueber den weiteren Verlauf der Sache konstire aus den Akten aber nichts. — Die Versammlung beschloß auch die Ueberweisung dieses, sowie, ohne weitere Debatte, des dritten Antrages an den Magistrat.

Stralsund, 27. August. Gestern ging in Zarrendorf in dem Hause eines Eigenthümers daselbst Feuer auf, das rasch um sich griff und sich bald den in der Nähe lagernden Torf-Vorräthen mittheilte. Da die benachbarten Gebäude sich dem eigentlichen Heerd des Feuers sehr nahe befanden, wurden auch diese in Kurzem von dem Flammen, die überall in den Torflagern reiche Nahrung fanden, ergriffen. An ein Löschen des Feuers war bei der Gewalt der Feuersbrunst nicht zu denken, zumal bei der engen Bauart des brennenden Häuserkomplexes, und konnte man nur bedacht sein, das Feuer auf die einmal ergriffenen Gebäude zu beschränken, die denn auch bis auf den Grund niedergebrannt sind. Es sind vier Wohnhäuser mit den dazu gehörigen Ställen und Schuppen abgebrannt und neun Familien obdachlos geworden; der mitverbrannte Torf wird auf ca. 500,000 Stück geschätzt. Ueber die Entstehungsart des Feuers ist bis jetzt noch nichts Bestimmtes ermittelt.

Colberg, 26. August. Von der herrlichsten Witterung begünstigt, fand gestern das Stiftungsfest des Rettungshauses unter zahlreicher Betheiligung von Landleuten, Städtern und Badegästen statt. Die gediegene, anregende Festpredigt hielt der Pastor Bindemann über das Schriftwort „Was Ihr gethan habt Einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt Ihr mir gethan." Nach dem Gottesdienst, der wiederum auf dem schöngelegenen Berge abgehalten wurde, sangen die Knaben noch einige Lieder, beschäftigten sich zu ihrer und des Publikums Freude mit dem Abwerfen eines Vogels, und übten sich im Wettrennen, wobei den Siegern angemessene Preise zufielen. Das Ganze machte einen wohlthuenden Eindruck, und wäre es nur zu wünschen, daß der segensreich wirkenden Anstalt bald mehr Zöglinge zugeführt würden.

Neueste Nachrichten.

Dresden, 27. August. Das heutige „Dresdener Journal" desavouirt einen Artikel der „Sächsischen Zeitung", welcher die Bildung eines süddeutschen Bundes unter der Leitung Oesterreichs befürwortete. Das Journal sagt hierüber: Eine solche Lösung der schwebenden deutschen Frage verewigt den Antagonismus zwischen Nord- und Süddeutschland; sie würde von den zunächst betheiligten Staaten in ihrem eigenen und im Interesse des gesammten Deutschlands entschieden zurückgewiesen werden.

München, 27. August. (Priv.-Dep. der Berl. B.-Ztg.) Das von Fröbel herauszugebende neue Blatt „die Süddeutsche Presse" wird als vornehmsten Punkt seines Programms den Satz aufstellen, daß Baiern als Hauptrepräsentant der Südstaaten die Vermittelung zwischen Preußen und Oesterreich zur Verhütung eines Konflikts zwischen Beiden übernehmen müsse.

Wien, 26. August. Die heutige Note der offiziellen Abendpost ist telegraphisch aus Gastein gekommen. — Baron Hübner kehrt im Laufe der Woche auf seinen Botschafterposten nach Rom zurück. — Heinrich Laube hat vom Kaiser das Kreuz der Ehrenlegion erhalten.

Konstantinopel, 27. August. Der Kommandant, sowie sämmtliche Offiziere des türkischen Kriegsschiffes „Izzedin", welche an dem Kampfe mit dem griechischen Dampfer „Arkadion" Theil genommen haben, sind belohnt und befördert worden.

Der Sultan scheint mit den Reformen energisch vorzugehen und hat das Ministerium durch zwei dem Fortschritte geneigte Männer, Mahmud-Nedin und Souphi-Bey, ergänzt. — Fuad-Pascha ist in der Krim vom Kaiser von Rußland auf das freundlichste empfangen worden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 28. Aug. Witterung: trübe. Temp. + 17° R. Wind: SW.

Weizen wenig verändert, loco pr. 85pfd. gelber neuer 82—86 Rt bez., feiner 87—89 Rt bez., 83—85pfd. gelber August 98 Rt bez., September-Oktober 81½, 81 Rt bez. u. Gd., Frühjahr 74¼, ½, ¾ Rt bez., 74½ Gd. u. Br.

Roggen pr. August niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 59—65 Rt bez., August 63, 62¾, 62 Rt bez., September-Oktober 57½, ¾ Rt bez., 58 Rt Br., Okt.-Nov. 55 Rt Br., Frühjahr 53, 53½ Rt bez. u. Gd.

Gerste loco pr. 70pfd. schlesische 45—49 Rt bez., mährische 50—52 Rt bez., ungar. 47½, 49 Rt bez., Oderbruch 44—46 Rt bez.

Hafer galizischer pr. 50pfd. 28—30 Rt bez., 47—50pfd. Septbr.-Oktbr. 29 Rt Br., 28¾ Rt Gd.

Rüböl wenig verändert, loco 11$\frac{1}{12}$ Rt bez., ⅙ Rt Br., Septbr.-Oktober 11 Rt Br., Oktober-Novbr. do. Nov.-Dezember 11 Rt bez. u. Br., April-Mai 11⅓ Rt Br.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß 23 Rt bez., August 22⅙ Rt Br., August-September 22 Rt Br., September-Oktober 21⅛, 21 Rt bez., Oktober-November 18½ Rt Gd., Frühjahr 17$\frac{5}{12}$ Rt Br.

Angemeldet. 50 Wspl. Weizen, 200 Wspl. Roggen.

Landmarkt.

Weizen 80—88 Rt, Roggen 54—62 Rt, Gerste 45—48 Rt, Erbsen 64—72 Rt per 25 Schffl., Hafer 28—34 Rt per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 7—8 Rt, Heu pr. Ctr. 15 bis 25 Sgr.

Hamburg, 27. August. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco ohne Begehr, auf Termine höher. Weizen per August 5400 Pfd. netto 154 Bankothaler Br., 153 Gd., pr. August-September 146 Br., 145 Gd., pr. Herbst 140 Br. u. Gd. Roggen pr. August 5000 Pfd. Brutto 103½ Br., 103 Gd., per August-September 101 Br., 100 Gd., pr. Herbst 98 Br., 97 Gd. Hafer flau. Spiritus ohne Nachfrage Oel fest, loco 24¼, pr. Oktober 24¼, pr. Mai 24⅝. Kaffee fest. Zink verkauft 3000 Ctr. Spezialmarken schwimmend, 1500 Ctr. Spezialmarken loco à 14 Mk. 1 Schill., 5000 Centner Lieferung loco à 13 Mark 14 Schilling. — Sehr schönes Wetter.

Stettin, den 28. August.

Hamburg ...	6 Tag.	151¼ bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
" ...	2 Mt.	150¾ bz	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	—	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
"	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 25⅛ bz	St. Strom-V.-A. ...	4	—
"	3 Mt.	6 24⅛ B	Pr. National-V.-A.	4	114 B
Paris	10 Tg.	81$\frac{5}{12}$ bz	Pr. See-Assecuranz	4	—
"	2 Mt.	81$\frac{1}{12}$ B	Pomerania	4	113 G
Bremen ...	3 Mt.	—	Union	4	103 B
St. Petersbg.	3 Wch.	—	St. Speicher-A. ...	5	—
Wien	8 Tag.	—	Ver.-Speicher-A. ...	5	—
"	2 Mt.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	N. St. Zuckersied.	4	—
Sts.-Anl. 5457	4½	—	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
" "	5	—	Bredower "	4	—
St.-Schldsch.	3½	—	Walzmühle	5	—
P. Präm.-Anl.	3½	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
Pomm. Pfdbr.	3½	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
" "	4	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
" Rentenb.	4	—	Neue Dampfer-C.	4	93 B
Ritt. P. P. B. A.	4	—	Germania		95 B
Berl.-St. E. A.	4	—	Vulkan		85 B
" Prior.	4	—	St. Dampfmühle ..	4	101 B
" "	4½	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
Starg.-P. E. A.	4½	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
" Prior.	4	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
St. Stadt-O.	4½	—	Gemeinn. Bauges.	5	—